

RSF-Jahresbericht 2008

Österreich

Fläche: 83 860 km²

Bevölkerung: 8 281 948 Einwohner

Sprache: Deutsch

Staatschef: Dr. Heinz Fischer

Kanzler: Dr. Alfred Gusenbauer

Die Anzahl der medienrechtlichen Fälle, die von österreichischen Gerichten entschieden und später in Form von Beschwerden an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte herangetragen wurde, steigt immer weiter an. Die von der Regierung im Rahmen einer Arbeitsgruppe zur Reform des Medienrechts unternommenen Anstrengungen haben keine wesentlichen Fortschritte erzielt. Wie seine europäischen Nachbarn hat auch Österreich die Umsetzung der Europäischen Richtlinien zur Terrorbekämpfung in Angriff genommen und die Überwachung von E-Mails, die Speicherung privater Daten und die Telefonüberwachung erlaubt.

Im Jahr 2007 wurden sechs Fälle von Verletzungen der Meinungsfreiheit vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) gebracht. Dieser hat in vier Fällen eine schwere Verletzung des Artikel 10 der Europäischen Menschenrechtskonvention, der die Meinungsfreiheit garantiert, festgestellt. Damit ist die Anzahl der Verurteilungen Österreichs seit dem Jahr 2000 auf 13 angestiegen. Österreich liegt damit statistisch vor Russland und am zweiten Platz nach der Türkei.

Die beiden bedeutendsten Fälle waren jene der Wochenzeitungen *Falter* und *NEWS*. Am 22. Februar 2007 gab der EGMR der Zeitung *Falter* recht und sprach ihr 9.000 Euro an Schadenersatz sowie den Ersatz der Prozesskosten zu. Im Juli 2003 war die Wochenzeitung wegen eines Artikels verurteilt worden, in dem sie über ein gegen Mitglieder der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) geplantes Strafverfahren wegen Amtsmissbrauch berichtet hatte. Der Artikel beschuldigte namentlich Hilmar Kabas, Chef der Landesgruppe Wien der FPÖ, der die Wochenzeitung klagte.

In seiner Sitzung vom 22. Februar 2007 verurteilte der EGMR Österreich weiters in einem Fall, der gegen das Wochenmagazin *NEWS* und seinen Journalisten Rainer Nikowitz gerichtet war. Anlass war ein am 3. September 2001 erschienener Artikel über eine Auseinandersetzung zwischen zwei konkurrierenden Schi-Stars. Im Dezember 2001 verurteilte das Straflandesgericht Wien *News* aufgrund einer Privatanklage des Schifahrers Stefan Eberharter zur Zahlung von 800 Euro an den Geschädigten und verurteilte Rainer Nikowitz zu einer bedingten Geldstrafe von 1.450 Euro. Die von *News* und Nikowitz erhobene Berufung an das OLG Wien wurde abgewiesen. Der EGMR stellte eine Verletzung des Rechts auf Meinungsfreiheit fest und sprach Rainer Nikowitz und *News* Schadenersatz in Höhe von 7.058 bzw. 4.831 Euro zu.

Wie die Mehrzahl der europäischen Staaten ist auch Österreich gezwungen, die Richtlinien der Europäischen Union im Bereich der Terrorismusbekämpfung national umzusetzen. Österreich hat damit begonnen, sein Sicherheitspolizeigesetz zu reformieren und ermöglicht es der Polizei, E-Mails und telefonische Kommunikation zu überwachen oder private Daten zu speichern. Internetprovider und Telefonanbieter werden dadurch gezwungen, auf Grundlage einer einfachen polizeilichen Anfrage private Daten und IP-Adressen Ihrer Kunden herauszugeben, ohne eine richterliche Entscheidung abzuwarten.